

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 836 846 ppbn d



Inhalt

Lilo Blunck MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe Gen-Technologie der SPD-Bundestagsfraktion, fordert ein absolutes Verbot für Experimente mit menschlichen Keimzellen: Warnung vor dem "Super-Menschen". Seite 1

Rolf Linkohr MdEP, Obmann der Sozialistischen Fraktion im Ausschuß für Energie und Forschung des Europäischen Parlaments, kritisiert die Mißachtung, die Bundesregierung und EG-Kommission den Haushaltsbeschlüssen des Europäischen Parlamentes entgegenbringen: Unverfroren. Seite 3

Inge Wettig-Danielmeier MdL, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, beglückwünscht Susanne Müller zum 70. Geburtstag: Geschichte lebendig vermittelt. Seite 5

40. Jahrgang / 91

14. Mai 1985

Warnung vor dem "Super-Menschen"

Experimente mit allen menschlichen Keimzellen müssen absolut verboten werden

Von Lilo Blunck MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe Gen-Technologie der SPD-Bundestagsfraktion

Die Gentechnologie hat in den letzten Jahrzehnten eine atemberaubende Entwicklung genommen, deren Auswirkungen und Folgen auch nicht annähernd abzuschätzen sind. Ist schon die heute fast alltägliche Anwendung gentechnologischer Methoden in der Tier- und Pflanzenwelt hinsichtlich der zukünftigen Rückwirkungen auf das ökologische Gleichgewicht der Natur und vor allem auch auf den Menschen selbst noch ungeklärt, so werden mit den inzwischen möglichen gentechnologischen Eingriffen am Menschen und an menschlichen Zellen Grenzen erreicht, wo grundsätzliche Fragen der menschlichen Existenz und der Würde des Menschen berührt werden.

Mag man noch die Gentherapie an somatischen Zellen zu therapeutischen Zwecken - etwa zur Behebung einer auf einem defekten Gen beruhenden Erbkrankheit - trotz nicht unerheblicher Risiken für vertretbar halten, die gentechnische Manipulation an Keimbahnzellen dagegen ist eine monströse Überschreitung des ethisch Erlaubten, weil dadurch in die personale Identität des Menschen eingegriffen wird. Experimente mit befruchteten menschlichen Eizellen sind eine Reise ins Unbekannte, von der heute und auf lange Zeit niemand vorherzusagen vermag, wohin sie geht. Die Folgen werden erst in künftigen Generationen sichtbar. Es kann daher keine Frage sein: diese Experimente können nicht erlaubt sein, sie müssen verboten werden.

Man braucht gar nicht die Horrorvisionen von der Produktion tiermenschlicher Mischwesen heraufzubeschwören. Die Vorstellung allein, daß es zukünftig technisch machbar sein könnte, "Super-Menschen" mit "höherer" Intelligenz, "besserer" ökologischer und ge-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Veröffentlicht im Auftrag
des Bundesministeriums
für Forschung und Technologie



sellschaftlicher Anpassungsfähigkeit zu züchten und beliebig zu vervielfältigen, läßt ahnen, wie fragwürdig und unverantwortlich experimentelle Eingriffe in die menschlichen Keimbahnen sind und welche tiefgreifenden Veränderungen in unserer Einstellung zum Leben damit einhergehen würden. Die "Eugenik" der Nazis wäre demgegenüber nur ein harmloses Sandkastenspiel gewesen.

Die bereits jetzt schon praktizierte Genom-Analyse würde durch die Zulassung von Keimbahn-Experimenten eine weitere Verfeinerung erfahren, deren Sinn und Nutzen gesellschaftlich ungewünscht ist. Wenn unter den heutigen Bedingungen schon Wirtschaftsunternehmen die Genom-Analyse zur Auswahl von Mitarbeitern nutzen, dann ist vorstellbar, in welche Richtung die unbehinderte Entwicklung gehen würde. Die genetische Musterung würde nur zu einer (weiteren) Diskriminierung von Rassen, ethnischen und gesellschaftlichen Gruppen führen und ganz neue Aspekte für den Arbeitsmarkt ergeben, von den Problemen des Mißbrauchs solcher genetischer Daten ganz zu schweigen.

Von der Wissenschaft wird nun zur Rechtfertigung der Gentherapie in Keimbahnzellen angeführt, daß damit ungeklärte Fragen zur Biologie der menschlichen Fortpflanzung beantwortet, die Techniken der in-vitro-Befruchtung verbessert (Steigerung der Effizienz) und ganz generell mehr Verständnis über die menschliche Embryonalentwicklung gewonnen werden könne. Diese Gründe sind meines Erachtens nur vorgeschoben. Denn zur Klärung all dieser unbeantworteten Fragen können ebensogut Zellkulturen und Tiersysteme verwendet werden, ohne daß die Forschung auf diesem Gebiet Rückschritte oder Schaden zu erleiden braucht.

Die bei der in-vitro-Befruchtung zwangsläufig entstehenden "überzähligen", weil nicht wieder eingepflanzten, befruchteten menschlichen Eizellen sind das "Grundlagenmaterial" für die Experimente an Keimbahnzellen. Wenn durch diese Methode aber erst überhaupt die Voraussetzungen für diese Experimente mit dem menschlichen Leben geschaffen werden, dann stellt sich die Frage, ob nicht bereits diese Technik mit einem Verbot zu belegen ist. Diese Frage bejahe ich. Dabei nehme ich in Kauf, daß damit vielen Frauen der verständliche Wunsch nach einem biologisch eigenen Kind versagt bleiben wird. Aber bei den Experimenten mit befruchteten menschlichen Eizellen ergeben sich gravierende neue ethische Probleme, die das menschliche Leben und Zusammenleben so grundlegend verändern können, daß dem gegenüber der Wunsch nach einem biologisch eigenen Kind einen geringeren Stellenwert haben muß.

Bei allem Respekt vor der Selbstkontrolle der Wissenschaft, mir ist das gesellschaftliche Risiko zu groß, als daß nicht schon im frühest möglichen Stadium, also bereits bei der Schaffung und Bereitstellung des Forschungs- und Experimentierguts mit einem gesetzlichen Verbot regulierend eingegriffen werden muß.

(-/14.5.1985/rs/ks)

+ + +



Unverfroren**EG-Kommission und Bundesregierung mißachten Haushaltsbeschlüsse des Europäischen Parlaments**

Von Rolf Linkohr MdEP
 Obmann der Sozialistischen Fraktion im Ausschuß für Energie und Forschung des
 Europäischen Parlaments

Am 13. Februar 1984 hat das Europäische Parlament bezüglich der Sondermaßnahmen für Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Beschäftigung, des Verkehrs und der Energie beschlossen, eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft nur für die Vorhaben und Maßnahmen zu gewähren, die ab 1. Januar 1983 angelaufen sind. Die EG-Kommission hieß diesen Standpunkt gut. Einschränkend wurde dem Parlament mitgeteilt, daß die Kommission einer solchen Interpretation des Parlamentsbeschlusses zuneigt, die unter anderem auch Maßnahmen und Vorhaben zu unterstützen erlaubt, die vor dem 1. Januar 1983 in Angriff genommen wurden, sich jedoch seit 1983 in der aktiven Phase befinden.

Entscheidend für das Parlament ist, daß der Beschluß der Parlamentarier die Regel, die Interpretation der Kommission die Ausnahme sein soll. Da es sich bei den Sondermaßnahmen um sogenannte nicht-obligatorische Ausgaben handelt, hat das Europäische Parlament auch das letzte Wort. Zur Erinnerung sei erwähnt, daß allein der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984 für Energieprojekte 201 Millionen ECU (rund 448 Millionen DM) zur Verfügung gestellt wurden.

Es wurden folgende Vorhaben gefördert:

"Rohreaktor" Salzgitter	(Kohleverflüssigung)
VEW-Kohleumwandlung	(Kohlevergasung)
Modellkraftwerk Völklingen	(Wirbelschichtkraftwerk)
Kokskohle	(Produktionsbeihilfe)
SNR 300 Kalkar	(Schneller Brüter)
THTR-300 Schmehausen	(Thorium-Hochtemperaturreaktor)
Heizung Universität Aachen	(Druckbetriebene Wirbelschichtfeuerung-Pilotanlage)
Rheinbraun	(Hydrierende Braunkohlevergasung in Wirbelschichtverfahren-Pilotanlage)
Saarbergwerke	(Einsatz von Rauchgasentschwefelungsgips im Untertagebetrieb-Pilotanlage)



Meine Kritik richtet sich nun gegen die Kommission, die in keinem einzigen der genannten Fälle nachweisen kann, daß sie dem Beschluß des Europäischen Parlaments gefolgt ist. Alle Maßnahmen und Vorhaben wurden vor dem 1. Januar 1983 begonnen, und man kann auch nicht behaupten, daß sie sich danach in einer besonders aktiven Phase befunden hätten. Das gilt weder für die Kokskohlebeihilfe, die eine reine Produktionshilfe ist, noch für die beiden größeren Brocken, den Schnellen Brüter in Kalkar und den Hochtemperaturreaktor in Schmehausen. Bei all den genannten Projekten wurde der Beschluß des Europäischen Parlaments mißachtet. Die Angelegenheit wird im Haushaltsausschuß nicht ohne Nachspiel bleiben.

Die Mißachtung des Parlamentsbeschlusses kommt auch in einer Erklärung der deutschen Bundesregierung im Wirtschaftsausschuß des Bundesrats vom 22. März 1984 zum Ausdruck, worin es heißt, daß die der Bundesrepublik Deutschland zufließenden Mittel für Vorhaben zur Verfügung gestellt werden, die die Bundesregierung ohnehin zu fördern vor hatte. Die Bundesregierung ist offenbar der Auffassung, daß es sich bei den Sondermaßnahmen nicht um zusätzliche Fördermittel, sondern um von der EG an die Bundesregierung zurückfließende Mittel handle, die von ihr zur Haushaltsdeckung verwendet wurden.

Auch die Landesregierung von Baden-Württemberg scheint diese Auffassung zu teilen, denn in einer Antwort des Wirtschaftsministers Herzog auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Stoltz vom 13. Februar 1985 heißt es, daß "es sich hierbei nicht um zusätzliche Mittel für neue Projekte handelte, sondern um eine Entlastung des Bundeshaushalts bei der Förderung bereits laufender Vorhaben". Deshalb bestand "für die Landesregierung kein Anlaß und keine Möglichkeit, Mittel aus dem EG-Programm für Projekte in Baden-Württemberg zu erhalten".

Offenbar hält die Bundesregierung nichts von ihren Bekundungen, das Europäische Parlament müsse mehr Rechte bekommen. Selbst da, wo es diese Rechte schon hat, setzt sie sich unverfroren über bindende Beschlüsse hinweg. Die EG-Kommission drückt ebenfalls beide Augen zu. Man muß in diesen Fällen von einer Komplizenschaft zwischen Bonn und Brüssel auf Kosten des freigewählten Europäischen Parlaments und gegen die Rettung der Umwelt sprechen.

Das Parlament hat schließlich gehofft, daß die Mittel aus den Sonderzahlungen besonders in jenen Bereichen Verwendung finden, die eine Entlastung der Umwelt zufolge haben. Das Waldsterben braucht schließlich Sofortmaßnahmen, zu deren Finanzierung die 448 Millionen DM hätten beitragen können. In Deutschland wie in Großbritannien. Schließlich fließen noch mehr Mittel in die Kasse der Regierung Thatcher.

Es bleibt zu hoffen, daß das Europäische Parlament als ein Teil der Haushaltsbehörde seinen Standpunkt hart verteidigt.

(-/14.5.1985/rs/ks)

+ + +



Geschichte lebendig vermittelt

Susanne Miller, Vorsitzende der Historischen Kommission, wird 70

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
 Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)
 Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen wünscht Susanne Miller zu ihrem runden Geburtstag alles Gute. Mit unseren Glückwünschen verbinden wir die Hoffnung, sie möge noch sehr lange Kraft und Energie aufbringen, auf ihre sehr wirkungsvolle Art und Weise gestaltend an der Politik der SPD mitzuarbeiten.

Susanne Millers Lebensweg ist außerordentlich. Sie wuchs in Sofia und Wien auf und kam sehr früh in Kontakt mit führenden Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). In der österreichischen Hauptstadt begann sie nach Beendigung ihrer Schulzeit in Bulgarien Geschichte zu studieren. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zwang sie, ihr Studium zu unterbrechen und mit 18 Jahren nach England zu emigrieren. Sie lebte dort mit politisch gleichgesinnten Freunden und Freundinnen zusammen und existierte von dem, was ihr die Tätigkeit in einer Londoner Gaststätte einbrachte. Seit dem Jahr 1942 bis zu seinem Tod arbeitete Susanne Miller mit dem Nachfolger Leonard Nelsons in der Leitung des ISK, Willy Eichler, zusammen. Sie war damit in die Diskussion um das Godesberger Programm der SPD eingebunden, denn Willy Eichler war an den Vorbereitungen zum Grundsatzprogramm maßgeblich beteiligt und Leiter der Programm-Kommission bis zu dessen Annahme 1959.

1960, als 45jährige nimmt sie ihr Studium wieder auf. Sie beendet es mit einer Doktorarbeit zur sozialdemokratischen Programmatik: "Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lasalle bis zum Revisionismus-Streit." Susanne Millers Arbeit als Geschichtswissenschaftlerin, als Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, ihr Wirken in und für die sozialdemokratische Bewegung und ihr Engagement für die Sache der Frauen sind herausragend.

Nach 1945 war Susanne Miller maßgeblich am Wiederaufbau der sozialdemokratischen Frauenarbeit beteiligt. Sie war Vorsitzende des Frauenausschusses beim SPD-Bezirk Mittelrhein und von 1948 bis Ende der sechziger Jahre Mitglied des Frauenausschusses beim SPD-Parteivorstand. Besonders engagierte sie sich in der Organisation und Durchführung der großen Treffen zum Internationalen Frauentag, die ab 1947 an den Grenzen zu unseren westeuropäischen Nachbarn stattfanden. Diese Grenztreffen hatten das Ziel, zur Verbesserung der Verständigung zwischen den europäischen Völkern beizutragen. Bei der Feier zum zehnjährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Bad Godesberg vor zwei Jahren berichtete Susanne Miller über diese bewegende Zeit und gab den Frauen von heute einen lebhaften Eindruck ihrer Arbeit.

Ihre historischen Arbeiten zur Geschichte und Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei und der deutschen Arbeiterbewegung tragen ganz entscheidend zum besseren Verständnis darüber bei, wie sich aus einer traditionsreichen Arbeiterpartei die SPD von heute entwickelt hat. Niemals geben Susanne Millers Arbeiten nur den Eindruck, als sei Geschichte etwas, mit dem man sich gezwungenermaßen beschäftigen müsse, um die Wirklichkeit von heute besser beurteilen zu können. Immer enthalten ihre Veröffentlichungen und Untersuchungen etwas mehr, etwas Tiefergehendes und Lebendiges. Es sind ausschließlich engagierte Analysen, die nicht nur den geübten Leser, sondern auch den weniger historisch vorgebildeten Rezipienten packen. Susanne Miller versteht es, auch schwierige, geschichtliche Zusammenhänge auf eine sehr klare und spannende Weise darzustellen. Insbesondere ihre vielen Presseveröffentlichungen legen dafür beredtes Zeugnis ab.



Ich erinnere mich beispielsweise sehr gut an einen Aufsatz von ihr über Rosa Luxemburg, der schon vor Jahren im "Vorwärts" erschien und in dem Susanne Miller unter der Überschrift "Eine Radikale, die Freiheit meinte" auf nur einer Zeitungsseite die Gründe für die Faszination, die von Rosa Luxemburg ausgeht, und deren wichtigste Lebensstationen im Kontext der historischen Ereignisse zusammenfaßt.

Weil Susanne Miller über die sehr seltene Fähigkeit verfügt, Geschichte so zu vermitteln, daß die Beschäftigung damit auch noch Vergnügen bereitet, trägt sie selbst entscheidend dazu bei, eine wichtige Forderung der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie selbst hat diese Forderung während des Forums "Geschichte in der demokratischen Gesellschaft" im Februar dieses Jahres folgendermaßen zusammengefaßt: "Die von sozialdemokratischen Bildungspolitikern vertretene These, das Ziel der geschichtlichen Bildung sei nicht Geschichte 'als Erlebnis', bedarf der Überprüfung. Denn es hat sich gezeigt, daß die Darbietung historischer Stoffe, die Betroffenheit, Mitgefühl und Miterleben hervorruft für die Weckung des Interesses an Vorgängen der Geschichte, eine sonst nicht erzielte Wirkung haben kann. Freilich muß das so geweckte Interesse, um im Sinne demokratischer Bildung fruchtbar zu werden, in kritische Auseinandersetzung münden."

Daß Susanne Miller dazu in hervorragender Art und Weise fähig ist, hat mit ihrer Person und ihrem Lebensweg zu tun. Wer wie sie so hautnah für die deutsche Sozialdemokratie wichtige Ereignisse miterlebte, in der Parteibewegung steht und auf die Entwicklung der SPD einwirkt kann ein großes Maß authentischer Erfahrung einbringen und so viel direkter Hintergründe und Zusammenhänge vermitteln.

Susanne Miller ist eine außergewöhnliche Frau, die durch ihre menschliche Wärme und ihre große Kompetenz beeindruckt. Wir wünschen ihr von ganzem Herzen alles Gute für die nächsten Jahre.

(-/14.5.1985/rs/ks)

. + + +

